

# VORWÄRTS EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

## SPD-NEUJAHRSEMPFANG IN STUTTGART: STEINMEIER WIRBT FÜR GLOBALE MARKTREGELN

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier hat beim großen Neujahrsempfang der SPD Baden-Württemberg in der Stuttgarter Liederhalle „die Einigung auf weltweit geltende Spielregeln inmitten der Weltwirtschaftskrise“ hervorgehoben. Vor 1700 Gästen in der Landeshauptstadt sagte der Bundesaußenminister, die Möglichkeit für eine „wirkliche globale Verantwortungsgemeinschaft“ sei durch die Krise und durch die Wahl von Barack Obama zum US-Präsidenten plötzlich wieder da. „Endlich haben wir auf der anderen Seite des Atlantiks den richtigen Partner dafür.“ Der Globalisierung der Märkte müsse die „politische Globalisierung“ folgen – dafür werde er sich beim kommenden Weltfinanzgipfel Anfang April einsetzen.



„Marktspieler mit einiger Zügellosigkeit“ hätten die Finanzkrise ausgelöst und müssten nun mit Regeln gestoppt werden. Diese Manager hätten auch der Demokratie einen Schaden zugefügt. Durch die Krise sei nun aber die lange „verschmähte Politik“ wieder gefragt. „Wir haben jetzt das Recht und die Pflicht, die Regeln der Marktwirtschaft



mitzubestimmen“, sagte Frank-Walter Steinmeier. Es brauche eine „globale Ordnung“, die nicht mehr geleitet sei vom Blick auf die kurzfristige Rendite, sondern von einer langfristigen Strategie für Unternehmen und Arbeitnehmer. Es müsse künftig ausgeschlossen sein, dass „der Ehrliche der Dumme“ ist.

Die Zeit der „radikalen Marktparolen“ sei vorbei. Dies müsse auch die CDU/CSU erkennen. Doch der Union fehle „der Kompass“, so Steinmeier. „Entweder haben sie die Landkarte verloren oder sie haben jedem eine andere gegeben, denn zum Ziel kommen sie nicht.“ Das mache „es etwas schwierig in der Koalition gegenwärtig“. So wolle Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger „möglichst wenige Mindestlöhne für möglichst wenige Branchen“, dagegen sei Nordrhein-Westfalens CDU-Regierungschef Jürgen Rüttgers für die Verstaatlichung ganzer Branchen.

Frank-Walter Steinmeier warf der Union unter großem Beifall vor, auch bei der Vorbereitung des Konjunkturpakets „keine Peilung“ gehabt zu haben. So habe es ihn beschämt, dass die SPD für höhere Leistungen für Kinder mit der Union streiten müssen: „Ich halte Kinderarmut in unserem Gemeinwesen für eine Schande.“ Deswegen sei es richtig, dass ein Teil des Geldes aus dem Konjunkturprogramm Familien zugute komme. Der Vizekanzler – wie auch die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt – unter-

strich das Gesamtpaket als „intelligent“. Die Abwrackprämie sei der richtige Impuls für die Autoindustrie, „die immer noch Rückgrat der deutschen Wirtschaft“ sei. „Und dies gilt insbesondere im Autoland Baden-Württemberg.“



### IMPRESSUM

**Verantwortlich:**  
Andreas Reißig  
SPD-Landesverband Baden-Württemberg  
Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart  
Fon 0711 619 36-31  
Fax 0711 619 36-55  
Email: andreas.reissig@spd.de  
Internet: www.spd-bw.de

# AUS DEM PARTEILEBEN

## SPITZENTREFFEN IN MANNHEIM

Die SPD Baden-Württemberg hat bei ihrem traditionellen Spitzentreffen in Mannheim zu Anfang des Jahres die schnelle Umsetzung des Konjunkturpakets der Bundesregierung in den Städten und Gemeinden gefordert. „Wir wollen, dass die Fördermittel unmittelbar und unbürokratisch vor Ort verwendet werden können und nicht an den klebrigen Fingern der Landesregierung hängen bleiben“, sagte die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt. „Die Mittel gehören in die Kommunen – und zwar eins zu eins.“

Dabei haben Investitionsvorhaben in eine bessere Bildung und Betreuung für die Landes-SPD absoluten Vorrang. „Wir sind bereit, in diese zentralen Zukunftsbereiche zu investieren“, erklärte die SPD-Chefin, „und die Landesregierung ist gefordert, diese Vorhaben auch mit mehr Personal zu füllen“. Wesentlich sei, dass die Fördermittel des Bundes für zusätzliche und nicht für bereits beschlossene Investitionsvorhaben in den Kommunen eingesetzt werden. „Die Städte und Gemeinden müssen Projekte vorziehen können, die bisher noch nicht in der Pipeline waren“, so Ute Vogt. Hierfür wolle die SPD Baden-Württemberg kein kompliziertes und langwieriges Antragsverfahren auf Landesebene, sondern eine Regelung mit zwei Stichtagen und eine Quotierung der Mittel auf Ebene der vier Regierungsbezirke.

Städtetagspräsident Ivo Gönner regte bei dem Spitzentreffen an, beim europäischen Vergaberecht bestimmte Ausschreibungskriterien auszusetzen, um so die Handlungsspielräume in den Kommunen zu erweitern. „Wir haben eine absolute Krisensituation“, sagte der Ulmer Oberbürgermeister. „Deswegen sollten die Schwellenwerte bei den Ausschreibungen nicht nur angehoben, sondern für eine bestimmte Zeit schlicht aufgehoben werden. Dies würde weitere wertvolle Spielräume bei der Vergabe von Investitionsvorhaben schaffen.“ Als weitere Impulsgeber mit von der Partie waren auch der Mannheimer OB Peter Kurz, die Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium Nicolette Kressl und Landtagsfraktionschef Claus Schmiedel.

## DER KAMPF EINES UNBEUGSAMEN

Für seine sage und schreibe 80jährige Mitgliedschaft in der SPD wurde Erwin Schneider jüngst von Hans-Jochen Vogel in einer Feierstunde in Schorndorf ge-

ehrt. Beim großen Empfang dankte der einstige SPD-Vorsitzende dem 94jährigen für sein beispielhaftes Engagement und „für all' das, was Du für unsere politische Gemeinschaft und unser Gemeinwesen getan und geschafft hast“. Der gebürtige Stuttgarter und ehemalige Betriebsratschef der Technischen Werke Stuttgart trat mit 14 Jahren in die Sozialistische Arbeiterjugend ein. Erwin Schneider gehörte zu denen, die von Anfang an vor dem braunen Unheil warnen und Widerstand gegen das NS-Gewaltregime leisteten. 1933 wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. „Mein Gedankengut konnte man mir nicht rauben“, betonte der Jubilar, der auch danach mehrfach verhaftet und verhört wurde.



„Ein beeindruckender und vorbildlicher Lebensweg“, fasste der Schorndorfer SPD-Oberbürgermeister Matthias Klopfer diese Biografie zusammen. Erwin Schneider habe viele Repressalien erdulden müssen und sei trotzdem seinen Idealen treu geblieben. „Wir sind stolz, Dich als Bürger in unserer Stadt zu haben“, so Matthias Klopfer. Das Fazit von Erwin Schneider nach 80 Jahren Parteizugehörigkeit lautet: „Es hat sich gelohnt, sich für die ideellen Werte der SPD einzusetzen. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie es ohne die SPD um die soziale Lage in diesem Land bestellt wäre.“

**Gute Arbeit heißt für mich:  
Ein Lohn, von dem man leben kann.**

## ARBEITSMARKTBLOG GESTARTET

„Gute Arbeit“ ist Arbeit, die Teilhabe sichert, fair entlohnt wird, Qualifikation und Gesundheit erhält und Frauen und Männer gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen. Aber wie schaffen wir Vollbeschäftigung? Welcher Arbeitsbegriff bildet die Realität am besten ab, heute und in Zukunft? Welche Trends am Arbeitsmarkt erfordern welche politischen Initiativen? Darüber will die Projektgruppe „Gute Arbeit“ des Landesverbands (Lars Castellucci, Peter Hofelich MdL, Katja Mast MdB

und Martin Rosemann) ab sofort im Arbeitsmarktblog „Wir für gute Arbeit“ (<http://arbeitsmarktblog.de>) diskutieren. Natürlich soll bis zum Landesparteitag am 14. Februar der Schwerpunkt auf dem Leitantrag für das SPD-Regierungsprogramm legen. Los geht's – macht mit! ■



## POLITISCHER ASCHERMITTWOCH DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG mit Franz Müntefering und Ute Vogt

am 25. Februar 2009 um 10.30 Uhr im Forum am Schlosspark Ludwigsburg

### TERMINE FEBRUAR 2009

- SONNTAG, 1.**  
ASF-Landesausschuss mit Evelyne Gebhardt, Straßburg
- MITTWOCH, 4.**  
Neujahrsempfang AG 60plus mit Ivo Gönner, Stuttgart
- FREITAG, 6.**  
Präsidium
- SA, 7./SO, 8.**  
Juso-Neumitgliederseminar, Stuttgart
- MONTAG, 9.**  
AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- FREITAG, 13.**  
Präsidium und Landesvorstand in Singen
- SAMSTAG, 14.**  
Landesparteitag zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl, Singen
- Polizeibeirat, Singen
- MONTAG, 16.**  
SGK-Regionalkonferenz, Stuttgart
- MITTWOCH, 18.**  
AG 60plus-Landesvorstand, Stuttgart
- SAMSTAG, 21.**  
ASJ-Landesvorstand, Stuttgart
- DONNERSTAG, 26.**  
Juso-Landesvorstand, Heilbronn
- FR, 27./SA, 28.**  
Kommunalakademie Baden-Württemberg, Herrenberg

## HERZLICHE GLÜCK-WÜNSCHE IM FEBRUAR

**ZUM 80. GEBURTSTAG**  
an Lieselotte Baltrusch in Gärtringen, Karl Benz in Pfinztal, Hubert Boden in Gengenbach, Hans Breuning in Wilhelmstetten, Paul Egenlauf in Mühlhausen, Ottomar Eisler in Walzbachtal, Anni Erdmann-Schmitt in Mannheim, Margot Eschenbacher-Eisenman in Karlsruhe, Harry Falk in Singen, Otto Freyh in Hüfdenhardt, Ruth Fuchs in Heilbronn, Rolf Geiger in Offenburg, Reinhard Hauffe in Karlsruhe, Kurt Heinzelmann in Sulz, Harry Hennig in Mühlheim, Wolfgang Hertz in Reutlingen, Artur Ketterer in Wüstenrot, Walter Keuerleber in Stuttgart, Erwin Kirchner in Nürtingen, Friedrich Lohmann in Karlsruhe, Walter Mann in Leinfelden-Echterdingen, Ilse Mende in Plüderhausen, Maria Menold in Boxberg, Alfred Neumann in Freiburg, Werner Nolte in Mannheim, Hannelore Östringer in Mannheim, Hermann Rupp in Eisingen, Günter Schmidt in Brühl, Rudolf Seifried in Altdorf, Alfred Speckmaier in Pfedelbach, Henny Stripf in Gundelsheim, Emil Vollmer in Appenweier und an Gisela Zöllner in Weinheim

**ZUM 90. GEBURTSTAG**  
an Willy Huber in Offenburg und an Ernst Bechtold in Karlsruhe

**ZUM 95. GEBURTSTAG**  
an Gertrud Heß in Böblingen, Christian Krauß in Gaggenau und an Erwin Schneider in Schorndorf

**ZUM 97. GEBURTSTAG**  
an Willi Bässe in Dossenheim und an Berta Großmann in Stuttgart

**ZUM 98. GEBURTSTAG**  
an Margarete Stern in Stuttgart

**ZUM 99. GEBURTSTAG**  
an Gertrud Kohler in Waldshut-Tiengen

**ZUM 101. GEBURTSTAG**  
an Elisabeth Gefeller in Weinheim

**ZUM 60. PARTEIJUBILÄUM**  
an Heinz-Joachim Kroll in Friedrichshafen, Erika Maxara in Sinsheim und an Eugen Schrey in Mühlacker

**ZUM 73. PARTEIJUBILÄUM**  
an Franz Lakensky in Uhingen



# GESUNDHEITSFONDS, BASISSTARIF, BÜRGERVERSICHERUNG – WAS ÄNDERTE SICH ZUM 1. JANUAR?

Von Marion Caspers-Merk MdB, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit

**S**owohl der medizinische Fortschritt als auch unsere älter werdende Gesellschaft führen dazu, dass Gesundheit eine immer wichtigere Rolle spielt. Deshalb ist es auch in Zukunft wichtig, weitere Reformen auf den Weg zu bringen. Im Mittelpunkt steht dabei die gerechtere und breitere Verteilung der Gesundheitskosten auf die gesamte Bevölkerung. Die Absicherung im Krankheitsfall für alle steht dabei an erster Stelle. Das Ziel der SPD ist die solidarische Bürgerversicherung. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es vieler Schritte. Die ersten sind bereits getan.

Ein Meilenstein im Rahmen der Absicherung im Krankheitsfall wurde schon 2007 in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erreicht. Seitdem gilt die Versicherungspflicht für alle. Zum 1. Januar 2009 wurde ein weiterer Schritt auf dem Weg zur solidarischen Bürgerversicherung umgesetzt. Damit sind auch alle Personen versicherungs-

pflichtig, die der Privaten Krankenversicherung (PKV) zuzuordnen sind. Die privaten Krankenversicherungsunternehmen müssen einen Basistarif anbieten, der die Prämien bezahlbar hält. Es dürfen keine Zuschläge auf Grund eines erhöhten Gesundheitsrisikos erhoben werden. Damit haben in Deutschland alle Bürgerinnen und Bürger das Recht und die Pflicht zum Abschluss einer Krankenversicherung.

Seit dem 1. Januar 2009 ist zudem der Gesundheitsfonds gestartet. Er organisiert die Finanzierungsströme. Dieser weitere Meilenstein sorgt für mehr Transparenz, Gerechtigkeit und Fairness. Mit dem Gesundheitsfonds wird ein einheitlicher Beitragssatz eingeführt. Damit gilt: Gleicher Beitragssatz für gleiche Leistung – wie auch in der gesetzlichen Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung. Mit dem Beschluss des Konjunkturpaketes II wird der Bundeszuschuss an die GKV erheblich erhöht.

Der Gesundheitsfonds verteilt nach der Maßgabe des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleiches (Morbi-RSA) die Einnahmen gerechter. Gesetzliche Krankenkassen mit mehr chronisch kranken Versicherten und schwerwiegenden Erkrankungen erhalten mehr Geld.

Der Gesundheitsfonds ist problemlos gestartet und gibt den Kassen und Leistungserbringern, gerade in Zeiten der Finanzkrise, Kalkulationssicherheit auf der Einnahmenseite. Das Risiko von Einnahmeausfällen übernimmt 2009 der Staat. Ob vor diesem Hintergrund eine einzelne Kasse eine Prämie ausschütten kann oder tatsächlich einen Zusatzbeitrag verlangen muss, hängt vom Management der einzelnen Kasse ab. Die Anhebung der Beitragssätze zum Jahresanfang hat nichts mit dem Gesundheitsfonds zu tun. Die Kassen hätten ohne den Fonds die Beiträge auf breiter Front erhöht. Denn es gibt mehr Geld für Krankenhäuser und für die Ärzte vor Ort.



Eine längere Lebenserwartung und der medizinische Fortschritt machen deutlich, dass die Finanzierung des Gesundheitssystems auf eine breitere und gerechtere Grundlage gestellt werden muss. Wir wollen, dass Gesundheit auf Dauer bezahlbar bleibt, deshalb halten wir an der Forderung nach einer Bürgerversicherung fest. ■